

Liebe Anwesende,

bevor ich auf die Drucksache und unseren Antrag eingehe, möchte ich noch einmal die Hintergründe beleuchten, warum die Diskussion um die Quartiersarbeit aus unserer Sicht nun schon seit Jahren so heiß umstritten geführt wird.

Ausgelöst wurde sie unzweifelhaft durch das Ergebnis des Bürgerentscheids über den Verkauf der Stadtbauwohnungen. Für die Stadtspitze und die Mehrheit des GR war das Ergebnis eine Niederlage und Kränkung. Für die Gesamtstadt, aber vor allem für die Bewohner/innen der Quartiere mit FSB-Wohnungen war das Resultat existenziell und von großer Bedeutung. Alldieweil sie hier auch die Erfahrung gemacht haben, wie lohnend es sein kann, für die eigenen sozialen Belange aktiv zu werden. Vor allem in den Stadtteilen mit Quartiersarbeit war das Engagement gegen den Verkauf besonders hoch.

In Folge dessen hielt dieses Engagement - gerade in den Sanierungsgebieten Haslach und Weingarten - auch an, was uns eigentlich erfreuen könnte, wollen wir doch viele mündige und aktive Bürgerinnen. Aber Bürger-innen-Beteiligung kann halt auch unbequem sein. Vor allem dann, wenn die Pläne von Politik und Verwaltung nicht auf Gegenliebe stoßen. So war es nicht verwunderlich, dass die grundsätzliche Frage nach der Rolle von Quartiersarbeit aufgeworfen wurde - an der sich bis heute die Geister scheiden:

Darf Quartiersarbeit

- Partei ergreifen für die Interessen der Bewohnerschaft,
- muss sie sich neutral verhalten,
- oder soll sie gar für Vorhaben von Gemeinderat und Verwaltung um Verständnis werben, vermitteln und den Boden dafür bereiten?

Schließlich wird sie nahezu komplett städtisch finanziert.

Unsere Fraktion, die UL, hat diese Frage mit einem eindeutigen Ja zu parteilicher Unterstützung der Bürgerschaft durch Quartiersarbeit beantwortet.

Um diese Frage dreht es sich auch bei anderen aktuellen sozialen Themen und Problemen, für deren Bewältigung die Stadtteile eine wesentliche Rolle spielen können und sollen. Voraussetzung dafür ist, einen Sozialraum zu schaffen mit einem gut entwickelten Gemeinwesen, stabilen Nachbarschaften, einer gut vernetzten Infrastruktur und vielen ehrenamtlich Engagierten. Zur Entwicklung eines Stadtteils und zu dessen Anpassung an den demografischen Wandel

braucht es professionelle Quartiersarbeit. Je besser die Vernetzung haupt- und ehrenamtlicher Akteure im Zusammenspiel, je vielfältiger die Angebote zur Partizipation und Unterstützung, je besser kann Inklusion unterschiedlicher Milieus und Generationen gelingen. Dazu zählt die Ermöglichung kultureller und sozialer Teilhabe im Stadtteil für arme Milieus deutscher wie nicht-deutscher Herkunft, die Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern durch Lese-Lern-Patenschaften an den Schulen, ihre Anbindung an Kitas, Jugend- und Familienzentren, an Vereine und Beratungsstrukturen. Dazu zählt auch ein möglichst selbstbestimmtes Leben von älteren oder behinderten Menschen in ihrem Stadtteil und ihrer Wohnung, weil sie das selbst so wollen - und schlicht und ergreifend auch um hohe Pflegekosten zu vermeiden.

Kein Wunder also, dass das Sozialdezernat und das Amt für Soziales und Senioren die Ergebnisse des consensus Gutachtens zum Anlass nahmen und auf die Idee kamen, die Quartiersarbeit im eigenen Amt anzusiedeln. Fehlt es dem ASS doch seit der Trennung vom Amt für Kinder und Jugend an eigenen Möglichkeiten, die Sozialentwicklung der Menschen vor Ort zu beeinflussen. Der Allgemeine Soziale Dienst wurde ihnen genommen und ging als Kommunaler Sozialer Dienst komplett ins AKI über, weil Kinderschutz Pflichtaufgabe ist, sich um andere Bevölkerungsgruppen zu kümmern aber nur nice to have.

Die fehlenden personellen Strukturen im Amt selbst zur Steuerung der - von einer Gemeinderatsmehrheit ungeliebten oft auch als Wildwuchs bezeichneten Quartiersarbeit - tat ihr Übriges. Mit diesen Mängeln behaftet, ist von Grün-Schwarz jahrelang politisch verhindert worden, dass die Inklusionsthemen in den Quartieren gezielt angegangen werden konnten. Der Druck ist heute umso größer, je mehr die Aufgaben gewachsen sind, wie z.B. mit der Integration der Geflüchteten. Uns als UL hat dies regelmäßig dazu veranlasst, in jedem Doppelhaushalt Anträge für den Ausbau der Quartiersarbeit in stark belasteten Stadtteilen zu stellen und eine Sozialentwicklungsplanung für die Gesamtstadt zu fordern. Wir hoffen, die Einsicht in die Notwendigkeit von QA in allen Stadtteilen wächst mit Oberbürgermeister Horn.

Nach wie vor halten wir es für richtig, dass die Quartiersarbeit da wo es nötig ist als Anwalt und wo es möglich ist, eben nur als Moderation, aber auf keinen Fall weisungsgebunden durch die Stadtverwaltung, agieren kann. So wurde diesem Verwaltungsvorschlag, die QA ins Amt zu integrieren, dann auch eine Absage erteilt.

Bestenfalls ist die Quartiersarbeit getragen durch Stadtteilvereine und im Quartier so verankert, dass sich alle Akteure mindestens 2 x jährlich in einer Stadtteiltrunde gemeinsam mit dem ASS auf Augenhöhe darüber verständigen, was wie und mit wem angegangen werden soll und diese Vorhaben in einer Zielvereinbarung festgehalten, kontrolliert und nach Ablauf gemeinsam auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. So wünschen es sich auch die Stadtteile und ihre Akteure selbst.

Das verstehen wir unter Partizipation und Mitgestaltung. Denn wer engagierte und mündige Bürger/innen will, die viel zu Problemlösungen in den Stadtteilen beitragen sollen, kann sie nicht gleichzeitig gängeln und entmündigen. Das jedoch hat das ASS lange nicht verstanden. Dem Sozialdezernat aber machen wir zum Vorwurf, dass es im zurückliegenden Diskussionsprozess zwischen Verwaltung, Trägern der Quartiersarbeit und den widerstreitenden Fraktionen zu wenig eingegriffen und zugelassen hat, nicht nur die Professionellen sondern auch die über Jahrzehnte ehrenamtlich Tätigen in der Quartiersentwicklung zu brüskieren und ihre Arbeit zu diskreditieren. Mit dem Ergebnis, dass viele nun verletzt das Handtuch werfen oder schon geworfen haben.

Verursacht wurde dieser mehr als ungute Vorgang allerdings durch den Antrag der Grünen, CDU, Freiburg Lebenswert und Freie Wähler von Anfang 2017, die Trägerschaft künftig auszuschreiben und nur an größere Vereine oder Verbände mit professionellen Strukturen und Erfahrungen in weiteren Arbeitsfeldern zu vergeben. Wie sich später herausstellte, war und ist damit eine europaweite öffentliche Ausschreibung nicht mehr zu umgehen.

Vor dem Hintergrund der ganzen Diskussionen um die Quartiersarbeit spricht Christian Himmelsbach über die heutige Drucksache zu Recht vom „Ergebnis einer Erschöpfungsdebatte“. Wir bewerten die heutige Beschluss-Vorlage als einen Versuch zu retten, was noch zu retten ist. Immerhin ist mit dem OB-Wahlergebnis die Bereitschaft eingeekehrt, überall da wo es QA gibt, die sie mit den vorhandenen Stellen, zu belassen. Mit den vorliegenden Anträgen wird das Mindestmaß an finanzieller Ausstattung für Personalkosten und die Mieten gesichert. Die Träger haben bis zum Schluss auch für einen höheren Verwaltungskostenanteil plädiert. Den hat sich nur das ASS für sich selbst mit zusätzlichen 2 Stellen für die Steuerung zugestanden. Das war längst überfällig und sei gegönnt.

Die Deckelung der Gesamtsumme auf exakt 954.000 Euro widerspricht einem gutachterlich erklärten notwendigen Ausbau im Mooswald und in Zähringen. Mit Punkt 4 unseres Antrags wollen wir die Verwaltung verpflichten, diese Stadtteile im nächsten Doppelhaushalt durch eine Erhöhung auf 1,1 Mio. zu berücksichtigen.

Keine Mehrheit fanden wir für einen Antrag, auf einer Zeitschiene verbindlich den Ausbau der Quartiersarbeit in jedem Stadtteil zu planen, um den demographischen Wandel gut zu bewältigen und damit der Gesamtstadt eine Perspektive zur Stärkung der Sozialräume eröffnen zu können. Noch offen ist auch die Diskussion über das Selbstverständnis der QA, über Modelle der Partizipation durch Ehrenamtliche und eine einvernehmliche Einigung über die fachlichen Qualitätsstandards, die wir als wichtige Voraussetzung für die künftige Arbeit ansehen. Weil schlafende Hunde geweckt sind, ist der Beschluss für eine Ausschreibung nicht mehr umkehrbar. Umso mehr gewinnt die Debatte um die Verankerung der Trägervereine und deren Akzeptanz in den Stadtteilen an Bedeutung. Ob es gelingen wird mit dem Zwei-Stufen-Verfahren nur das Schlimmste zu verhindern, oder ob gar die noch bestehenden Trägervereine eine echte Chance auf die Vergabe haben, ist ungewiss. Wir hoffen das Beste und werden die Träger wie die für das Quartier im Haupt- und Ehrenamt Tätigen weiterhin nach besten Kräften unterstützen. Für ihre Arbeit wollen wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.